MACHEN, WAS ZÄHLT!

Liebe Zweibrückerinnen und Zweibrücker,

die großen Aufgaben, vor denen wir stehen – sei es der Zusammenhalt unserer Gesellschaft oder der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Zeiten des Klimawandels – scheinen oft außerhalb unserer Reichweite. Aber das stimmt nicht: Unsere Zukunft entscheidet sich genau hier, in Zweibrücken. Und Sie entscheiden mit, am 9. Juni bei den Kommunalwahlen.

Zweibrücken ist eine lebendige Stadt mit guten Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten, mit einem regen Vereinsleben, qualifizierten Arbeitskräften und weltoffenen Menschen. Die Wohnqualität ist hoch, das landschaftliche Umfeld attraktiv – aber Corona-Pandemie und Energiekrise haben ihre Spuren hinterlassen.

Jetzt gilt es, der Stadtentwicklung neuen Schwung zu geben. Wir GRÜNE wollen den ökologischen Herausforderungen offensiv begegnen, Zweibrücken wirtschaftlich stärken, den demographischen Wandel als Chance verstehen - und die Bürgerinnen und Bürger intensiver an der Entwicklung der Stadt beteiligen. Funktionieren kann das nur im Dialog zwischen den Generationen, zwischen Politik und Bürger*innen, sowie zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Ein offener Dialog setzt die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen voraus, er bezieht alle ein und er hat ein klares Ziel: Zweibrücken zukunftsfähig zu machen und für nachkommende Generationen lebenswert zu erhalten. Dabei bitten wir Sie um Unterstützung: Wählen Sie am 9. Juni mehr GRÜNE in den Stadtrat!

VORAUSSCHAUEND HANDELN – ZUKUNFT SICHERN!

Die Auswirkungen der Klimakrise sind auch in unserer Region nicht zu übersehen: Immer mehr Pflanzen- und Tierarten verschwinden, wir verlieren vielfältige Biotope, und Wälder sterben. Unwetter, Starkwinde, Starkregenereignisse, Hochwasser und Dürren gehören selbst in Mitteleuropa zum Alltag.

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Zweibrücken,
c/o Dagmar Pohlmann, Albert-Einstein-Straße 1, 66492 Zweiberücken
☏ 06332-73609, mailto: gruene-zweibruecken@gmx.de

Die Bewältigung der Klimakrise fordert von uns **neue Ideen und neuen Mut**; eine Vielzahl von Problemen, die sich aus dem Klimawandel ergeben, müssen wir angehen. Jetzt heißt es handeln, damit es nicht in wenigen Jahren zu spät ist.

Eines ist klar - **Klimaschutz gelingt nur, wenn die Kommunen mit anpacken**. Deshalb fordern wir, unsere Stadt nachhaltiger zu gestalten. Statt neue Baugebiete auf der „grünen Wiese“ auszuweisen bestehen wir GRÜNE darauf, die Bebauung innerhalb der Stadt zu verdichten und Leerstände neu zu nutzen. Bei Lückenschlüssen ist konsequent auf eine ökologische Ausrichtung zu achten – wie Begrünung und/oder Photovoltaik auf den Dächern, wie Verzicht auf Schotter- und versiegelte Flächen, wie Auswahl heimischer und klimaresistenter Gewächse bei der Bepflanzung– und am besten auch mit der Wiederbelebung des Wettbewerbs um die „grüne Hausnummer“.

Bei der energetischen **Gebäudesanierung** muss die Stadt weiter vorausgehen. Mehr Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Gebäuden sind eine **Investition in den Klimaschutz** – und bringen angesichts steigender Strompreise bald gute Renditen ein. Klimaschutz rechnet sich beim Energiemanagement in Gebäuden, aber auch bei der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende Leuchtmittel. Dabei muss es Maxime sein, die Zweibrücker **Straßenbeleuchtung auf das notwendige Maß zu beschränken** und sie Zug um Zug auf dimmbare LEDs mit Bewegungserkennung und geringem Streulicht umzurüsten.

Wir GRÜNE stehen für einen ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt. Vor Ort werden die Weichen gestellt, die in der Summe große Auswirkungen haben. In Zweibrücken brauchen wir **mehr Anreize für die energetische Sanierung im privaten und öffentlichen Wohnungsbau**. Konsequenter Klimaschutz - und damit einhergehend der Erhalt unserer Lebensgrundlagen - bildet die Voraussetzung für Wohlstand auch in unserer Region. Angesichts steigender Energiepreise ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien zu einem Standortfaktor geworden.

Weitermachen wie bisher können wir nicht. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien dürfen die Bürger*innen aber nicht allein gelassen werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die **kommunale Wärmeplanung**, die auch für unsere Stadt verpflichtend ist, in Zweibrücken schnell umgesetzt wird. Die Bürger*innen müssen wissen woran sie sind. Alle Hauseigentümer*innen müssen rasch Klarheit darüber haben, ob bei ihnen eine Versorgung mit Fernwärme möglich sein wird oder nicht. Ergänzend wollen wir **Beratungsangebote zu energiesparenden Maßnahmen erweitern**.

Immer neue Hitzerekorde in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass wir bei der Stadtplanung umdenken müssen. Nicht zuletzt aufgrund des Pflegeaufwands sind Bäume aus dem Stadtgebiet verschwunden – Bäume, die wir gerade jetzt dringend brauchen, um das Stadtklima in Zweibrücken auszugleichen. Denn **Grünanlagen und Bäume sorgen für Schatten** und ebenso für einen großen Kühlungseffekt, durch ihre Verdunstung. Pflaster- und Betonflächen heizen sich im Sommer stark auf;

Bäume verringern die Temperatur dort um 10 bis 14 Grad. Zweibrücken benötigt deutlich mehr Stadtgrün. Ob in der Fußgängerzone oder in Hinterhöfen, auf Parkplatzflächen oder in Schulhöfen – überall, wo die bauliche Möglichkeit besteht, müssen Flächen entsiegelt und Bäume oder Sträucher gepflanzt werden.

Beete, bepflanzte Randstreifen und Straßenbegleitgrün können Anwohnende oder Initiativen an Stelle des UBZ kostensparend und ehrenamtlich pflegen, wenn deren Fortbestehen in regelmäßigen Zeitabständen abgefragt wird. Die Bepflanzung von Verkehrskreiseln erfordert nicht zwingend saisonale Wechsel, sondern kann dauerhaft und naturnah erfolgen. Gartenbaubetriebe, die die Pflege einzelner Bereiche kostenlos übernehmen, können zum Ausgleich Werbemöglichkeiten erhalten. Stadtbegrünung muss nicht teuer sein!

NICHT NUR MIT DEM AUTO MOBIL!

In einer strukturschwachen Region wie Zweibrücken wird das Auto auch in Zukunft als Verkehrsmittel gebraucht. Verfehlt wäre jedoch eine Ausrichtung der gesamten Verkehrsinfrastruktur auf das Auto. Dies nicht allein aufgrund von Verkehrslärm und Luftschadstoffen, sondern vor allem aufgrund der Inanspruchnahme von immer mehr Raum für den fließenden und den ruhenden Autoverkehr. Auf Antrag der GRÜNEN Stadtratsfraktion hat Zweibrücken mit dem **Erstellen eines umfassenden Mobilitätskonzepts** begonnen, das alle Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt und vernetzt - und das im Ergebnis **mehr Raum für Menschen und für Begrünung** schafft statt für Autos. Nach der Bestandsaufnahme im vergangenen Jahr muss nun der zweite Schritt folgen, muss das Konzept tatsächlich entwickelt und anschließend konsequent umgesetzt werden. Mit einem überarbeiteten **Nahverkehrsplan** als integralem Bestandteil und mit besonderem Fokus auf **durchgehenden Radwegeverbindungen** statt zusammenhangloser Teilstücke. Im Ergebnis erwarten wir, dass alle weiterführenden Schulen sicher mit dem Rad oder zu Fuß erreichbar sind. Ebenso fordern wir die **Erreichbarkeit aller Vororte über Radwege oder Radstraßen**, die gegebenenfalls beleuchtet, zumindest aber regelmäßig von Bewuchs freigeschnitten und sauber gehalten werden müssen.

Was in der Innenstadt fehlt, sind ausreichend **sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder** – wobei die Stadtwerke mit Abstellplätzen in beiden Parkhäusern einen richtigen Schritt getan haben. Auf

Parkplätzen für Autos ist regelmäßig die Möglichkeit von **Photovoltaik-Überdachungen** zu prüfen, wie sie das rheinland-pfälzische Landessolargesetz für Neuanlagen vorgibt. Ebenso erwarten wir die flächendeckende Installation von E-Ladesäulen für Autos.

Busse werden durch bessere Information über Abfahrzeiten, Anschlüsse und Verspätungen und freies W-Lan komfortabler und attraktiver. Vor allem durch **aufeinander abgestimmte Nahverkehrsangebote** lassen sich mehr Menschen davon überzeugen, das Auto auch mal stehen zu lassen und so dem Fußgänger- und Radverkehr mehr Raum zu bieten.

NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN!

Grüne Politik ist zukunftsorientiert. Wir müssen nachhaltig wirtschaften und mit den verfügbaren Finanzmitteln, zuvorderst **mit den Steuergeldern, verantwortlich umgehen**. Dem **Grundsatz der Generationengerechtigkeit** folgend, wollen wir im Heute nicht „über unsere Verhältnisse“ leben und nur solche Investitionen tätigen, die für die **lebenswerte Zukunft von morgen** einen echten Mehrwert schaffen.

Wir GRÜNE fordern, dass die Stadt Zweibrücken **mindestens ein Drittel des Investitionsvolumens** von jährlich 15-25 Mio. Euro **für Projekte der ökologischen Nachhaltigkeit** einsetzt: in den Bereichen Infrastruktur, energetische Sanierung und Begrünung. Diese Investitionen sind unabweisbar, denn sie schaffen die Voraussetzung, den klimatischen Kollaps abzuwenden und mit weniger Ressourcenbedarf solide zu wirtschaften. Wir wollen **für die Stadt Zweibrücken vorangehen** und mit klaren Zielen **bei <u>jeder</u> Stadtratsentscheidung** die Auswirkungen auf CO_2-Einsparung, Energiebilanz und Erreichen der strategischen Klimaziele in den Vordergrund stellen. Voraussetzung hierzu ist ein **„Klimaziel-Erreichungsreporting“**, über das wir die Klima- und Finanzziele **transparent steuern**. Dies schließt die kommunale Wärmeplanung mit klimafreundlichen Wärmenetzen ein. Für unsere Bürgerinnen und Bürger muss die Planung frühzeitig konkret werden, auch hinsichtlich der Frage, wo Wärmenetze erstellt werden können.

Mit Blick auf die städtischen Finanzen gilt es, die **Entschuldung** der rheinland-pfälzischen Kommunen, insbesondere den finanziellen Gesundungstrend der Stadt Zweibrücken der letzten zehn Jahre, **konsequent fortzuführen**. Wir begrüßen die **Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen**, die durch unsere grün-rote Landesregierung eingesetzt wurde. Unsere Stadt hat **die Pflicht, den verbleibenden**

Altschuldenbestand von gut 30 Mio. Euro in eigener Anstrengung **abzubauen**. Hierfür fordern wir, dass **die Stadt Zweibrücken ihre Haushaltskonsolidierungsarbeit mit größtem Nachdruck fortführt.** Eine Vielzahl von Ansatzpunkten, auch mithilfe der städtischen Tochterunternehmen, liegt auf dem Tisch. Allerdings **schließen wir weitere Erhöhungen der Realsteuern, wie Grundsteuer B und der Gewerbesteuer, aus**. Es müssen andere Einsparmaßnahmen und Einnahmequellen – nicht zuletzt aus den heute fast vollständig ungenutzten städtischen Potenzialen für Photovoltaik – im Vordergrund stehen.

Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass die **Grundlage einer lebenswerten Stadt und solider Stadtfinanzen eine starke regionale Wirtschaftsstruktur** mit sicheren und attraktiven Arbeitsplätzen ist. Für unsere lokale Wirtschaft, den lokalen Handel und die Industrie, müssen wir attraktive Rahmenbedingungen schaffen. Eine unabdingbare Voraussetzung ist der gemeinsame **Austausch über das persönliche Gespräch**. Hierzu schlagen wir die **Einführung eines „runden Tisches“** der Stadtratsfraktionen und des Stadtvorstandes **mit den hiesigen Wirtschaftsvertretungen** vor. In einem etwa halbjährlichen Turnus sollen Bedürfnisse erörtert und evaluiert, ein Handlungskonsens entwickelt und **Prioritäten zur Optimierung der wirtschaftlichen Bedingungen** auch angegangen werden.

Fraglos zählen **zeitgemäße Verwaltungsleistungen** dazu, ein digitales (Steuer-) Bescheidwesen und Online-Antragsverfahren - kurzum: die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung. Es ist dabei nicht sinnvoll, wenn die Städte sich bei Pflichtaufgaben mit geringem Lokalbezug einzeln um IT-Verfahren kümmern. Hierfür fordern wir **zentrale IT-Verfahren von Bund und Land**. Die Städte sollen sich auf ihre eigentlichen **kommunalen Aufgaben mit Gestaltungspotenzial** konzentrieren können. Die Stadt Zweibrücken muss dafür ihre **Digitalisierungsstrategie für die Verwaltungsarbeit** noch transparenter gestalten und in einem Zeit- und Maßnahmenplan zusammenführen. Für die Menschen, die digitale Antragswege nicht nutzen können oder wollen, **muss es jedoch möglich bleiben, vor Ort** und mit persönlicher Unterstützung weiterhin **alle Leistungen zu erhalten**.

NIEMANDEN ALLEIN LASSEN!

Die **medizinische und pflegerische Versorgung unserer Bevölkerung steht vor dem Kollaps** - nicht nur aufgrund unserer Altersstruktur, son-dern vor allem aufgrund einer seit Jahrzehnten verfehlten Bundespolitik mit chronischer Unter-finanzierung medizinischer und pflegerischer Einrichtungen. Medizinisches Fachpersonal ist in allen Bereichen knapp. Die bestehenden medizinischen Einrichtungen sind nicht nur durch die wachsende Patientenzahl, sondern vor allem auch durch eine stets

zunehmende Bürokratie und schlecht realisierte Digitalisierung hoch belastet, was die Qualität der Versorgung insgesamt gefährdet und verschlechtert.

Zur Verbesserung der ambulanten pflegerischen Situation in Zweibrücken unterstützen wir das Angebot durch Pflegestützpunkte, Pflegedienste und der hauswirtschaftlichen Versorgung. Wir begrüßen das Konzept der Gemeindeschwester und unterstützen die Einführung dort, wo es sinnvoll und notwendig ist. Das größte Problem in der Pflege ist Fachkräftemangel. Hier wollen wir Verbesserungen erreichen.

Den **Neubau und auch die Modernisierung von Pflegeeinrichtungen** unterstützen wir GRÜNE in Zweibrücken ausdrücklich, so z.B. auch auf dem alten Gelände der ehemaligen Parkbrauerei.

Öffentliche Gebäude und Verkehrswege müssen grundsätzlich barrierefrei werden. Hier bleibt in Zweibrücken Handlungsbedarf.

Die aktuell noch ausreichende medizinische Versorgung in Zweibrücken soll durch einen **runden Tisch von Stadtvorstand, Gesundheitsamt, Kliniken und Niedergelassenen** im Sechsmonatsabstand evaluiert werden, um frühzeitig z.B. eine gezielte Niederlassungsförderung beginnen zu können und um weitere Unterstützungsmöglichkeiten zu kommunizieren.

Wie in vielen Städten gibt es auch in Zweibrücken Menschen und Stadtviertel, die sich in einer sozial schwierigen Situation befinden. In den letzten Jahren bewirkte eine **gute Sozialarbeit** z.B. in der Canada-Siedlung sehr positive Effekte. Dies kann als Beispiel für andere Stadtteile dienen. Generell brauchen wir eine verbesserte Schulsozialarbeit, um Konflikte präventiv angehen zu können.

Zweibrücken muss **attraktiv für Familien** sein und bleiben. Dies nicht nur um dem Fachkräftemangel zu begegnen, sondern auch um den sozialen Zusammenhalt und eine gute Ausbildung unserer Kinder zu gewährleisten! Um insbesondere Alleinerziehende und berufstätige Eltern zu unterstützen, möchten wir GRÜNE das **Ferienfreizeitprogramm der Stadt Zweibrücken deutlich erweitern**, um möglichst vielen Kindern eine Teilnahme zu ermöglichen. Sportangebote der Vereine verdienen weitere Unterstützung; **Schwimmenlernen** bedeutet ein Muss für alle Kinder und erfordert die Verfügbarkeit städtischer Bäder.

Wichtig ist ebenso eine langfristige **Sicherung der guten Versorgung mit Kindergartenplätzen** in Zweibrücken, bei hohem unbefristeten Bedarf müssen befristete Stellen zügig in unbefristete Stellen umgewandelt werden.

Zur **Integration und Stärkung von Kindern aus sozial prekären und Migrations-Familien** sollte die Zusammenarbeit mit den Sportvereinen intensiviert werden, um jedem Kind über die Ausübung einer Sportart den Spracherwerb und die Integration zu erleichtern sowie ein gesundes Selbstwertgefühl aufzubauen. Wir möchten insbesondere **Frauen in schwierigen familiären Situationen** unterstützen

und soziale Hilfeleistungen für Betroffene, wie sie der Frauennotruf anbietet, stärker fördern und ausbauen.

Die **Finanzierung des Zweibrücker Tierheims** erfolgt in großen Teilen über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Dies ist aufgrund allgemein gestiegener Kosten und der sehr hohen Auslastung nicht ausreichend. Zur künftigen **Sicherung der Aufnahmemöglichkeit** herrenloser Tiere fordern wir eine insgesamt nachhaltige finanzielle Unterstützung durch die Stadt Zweibrücken.

FAIR UND WELTOFFEN – WILLKOMMENSPAKET SCHAFFT INTEGRATION!

Die Zweibrücker Bevölkerung wächst seit ein paar Jahren wieder. Das liegt vor allem daran, dass mehr Personen in die Stadt ziehen und oft aus anderen Ländern zuwandern. Sie werden als Arbeitskräfte schon jetzt und erst Recht in der Zukunft dringend gebraucht. **Zweibrücken ist eine weltoffene Stadt, die die Neuankömmlinge willkommen heißt.** Der Schlüssel für eine gelungene Integration ist, die deutsche Sprache zu beherrschen und für den Arbeitsmarkt qualifiziert zu sein. Deshalb müssen wir diesem Personenkreis frühzeitig **ausreichend Sprachkurse anbieten** und die Berufsqualifikation fördern. Die **Sicherung einer Aus- und Weiterbildung für neu Zugezogene** sollte selbstverständlich sein, damit ihre Integration am Arbeitsmarkt schnell gelingt.

Wir GRÜNE sprechen uns für ein **Willkommenspaket für die Neu-Zweibrücker** aus, das ihnen den Anfang in zunächst ungewohnter Umgebung erleichtert und ihnen Orientierung bietet. Der Leitfaden muss einen Überblick über wichtige Anlaufstellen in der Stadt mit Adressen und Telefonnummern bieten und auch einen Stadtplan für die Neubürger beinhalten. Familien mit Kindern müssen wissen, welche Kindergärten und Schulen in ihrer Nähe sind, wer bei der Verwaltung anzusprechen ist und ebenso, welche Sportstätten, Freizeit- und VHS-Angebote es in ihrem Stadtteil gibt. Gerade **im Ehrenamt erfolgt Integration unmittelbar**. Nützlich sind deshalb eine Vereinsübersicht, Hinweise auf die freiwillige Feuerwehr sowie eine Liste mit Adressen von gemeinnützigen Einrichtungen wie ASB, Awo, DRK, soziale Dienste. Jeder Neubürger muss einen solchen Leitfaden idealerweise beim Einwohnermeldeamt zur Begrüßung bekommen. Um die Kosten gering zu halten, ist es sinnvoll, ehrenamtliche Helfer bei der Erstellung und Fortschreibung einzubinden.

Wir GRÜNE sehen **Zuwanderung als Chance** für die Stadt. Eine gute Berufsausbildung kann dem lokalen Fachkräftemangel - auch im Handwerk - , der sich in naher Zukunft eher noch verschärfen wird, wirksam begegnen.

Eine **Ehrenamtsbörse** kann bei der Suche nach Freiwilligen helfen, die sich in den Bereichen Vereinsarbeit, Kultur, Soziales und Sport einbringen möchten.

BÜRGERINNEN UND BÜRGER STÄRKER BETEILIGEN!

Die Politik ist für die Bürger da. Wir GRÜNE sind für die Bürgerinnen und Bürger da. Es ist daher entscheidend und entspricht unserem Selbstverständnis, **den Bürgern zuzuhören** und ihren Wünschen und Anregungen eine politische Stimme zu geben. Um Politik im Sinne der Bürger zu machen, ist eine stärkere Bürger-beteiligung unabdingbar. Werden Bürger in politische Entscheidungen stärker einbezogen, nimmt die Akzeptanz zu. Etwa beim Straßenausbau. Die Anwohner kennen die Situation in ihrer Straße am besten. Deshalb müssen sie frühzeitig gehört und in die Planung eingebunden werden. In frühen Planungsstadien vorgetragene Ideen können mit einfließen, vollendete Tatsachen werden vermieden. Auch wenn das Prinzip der repräsentativen Demokratie gilt und wenn nicht jede Eingabe umgesetzt werden kann: Wir GRÜNE wollen diesen Weg konsequent beschreiten und den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern hochhalten und fördern.

UNSERE STADT BRAUCHT PERSPEKTIVEN!

Zwar hat die Zweibrücker Innenstadt durch die Umgestaltung der Fußgängerzone vor einigen Jahren einen Aufschwung erfahren; eine nachhaltige Belebung steht jedoch vor dem Hintergrund struktureller Probleme, insbesondere im Einzelhandel, nach wie vor aus. Insofern sehen wir in der Teilnahme der Stadt am Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zen-

tren“ und anderen Programmen eine Perspektive für Verbesserungen. Neben der Idee, das leerstehende **City-Outlet zu einer „Mediothek“** umzugestalten sehen wir GRÜNE auch im vorgesehenen **Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs** zu einem Mobilitäts-Knoten die Möglichkeit, mehr Menschen und weniger Autos in die Innenstadt zu bringen.

Die vorgesehene **Neubebauung des ehemaligen Parkbrauerei-Geländes** ist umfassend abgestimmt und wird von uns GRÜNEN ebenso begrüßt wie das Konzept von **Wohnungen für Menschen mit Unterstützungsbedarf** neben der Villa Schwinn. Gerade im Bereich der Innenstadt wird zusätzlicher Wohnraum für eine Belebung sorgen.

Die „Grünachse“ zwischen Herzogplatz und Freibad wird in erster Linie als Erholungs- und Freizeitbereich gesehen. Gerade die **Rennwiese** könnte jedoch auch häufiger zum Veranstaltungsort werden, beispielsweise für Musik- oder Sportveranstaltungen.

Zweibrücken braucht zusätzliche **Gewerbeansiedlungen**, um Arbeitsplätze und Gewerbesteuererträge zu sichern. Die Erfahrung mit der „Amazon-Halle“ zeigt jedoch, dass es Risiken birgt, vornehmlich auf Großinvestoren und nur in zweiter Linie auf kleinere Firmen zu setzen. Bei der Nutzung von Grundstücken für neue Gewerbeansiedlungen gelten für uns prinzipiell die gleichen Vorgaben wie für den Wohnungsbau: **keine großflächige Bebauung/Versiegelung von Flächen auf der „grünen Wiese“** und stattdessen wo immer möglich die Wiedernutzung von Industrie- und Gewerbebrachen.

Um künftig mehr Frauen für die Politik zu begeistern und ihre Ideen für eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung einzubringen, wollen wir GRÜNE **Angebote für Frauen zum politischen Austausch** schaffen. Eine solche Institution könnte beispielsweise ein "Frauen-Café“ sein. Auch „politische Familienfeste“ im Park können eine niederschwellige, parteiübergreifende Kontaktmöglichkeit sein, für die wir werben.

KULTUR IST KEINE NEBENSACHE!

Kulturelle Angebote wie Musik- oder Theaterveranstaltungen gehören ebenso zur kommunalen Daseinsvorsorge wie Büchereien, Musik- und Volkshochschule. Sie dienen nicht allein der Unterhaltung, sondern setzen in vielen Bereichen ebenso einen Bildungsauftrag um.

In Zweibrücken erscheint das bisherige Kulturangebot umfassend und ausgewogen. Die Perspektive einer **„Mediothek“ als Medien-Ausleih-, Veranstaltungs- und**

Arbeitsort sowie als Treff- und Infopunkt im ehemaligen City-Outlet betrachten wir GRÜNE als attraktiv und zukunftsweisend. Sie hat das Potenzial, mehr Menschen in die Oberstadt zu ziehen und insbesondere an Wochenenden eine Anlaufstelle für Touristen zu bilden. Eine Umsetzung ist dabei nur unter der Voraussetzung wesentlicher Förderung durch Land und/oder Bund realistisch.

Dass die **Bibliotheca Bipontina**, deren Zukunft im Zusammenhang mit dem Projekt „Mediothek“ diskutiert wurde, zu Zweibrücken und nach Zweibrücken gehört, unterstreicht eine im November 2023 einstimmig im Stadtrat beschlossene Resolution. Wir GRÜNE stehen uneingeschränkt hinter den darin getroffenen Forderungen zu Erhalt und Nutzungsmöglichkeiten des Alt- und Neubestands als Gesamtbibliothek.

Wir bekennen uns zur Eigenständigkeit der **Zweibrücker Volkshochschule**, die jedoch eine Intensivierung des Austausches und der Zusammenarbeit mit der Kreisvolkshochschule nicht ausschließen darf.